



## Presseerklärung der EFBH 8.11.2012

### **MdEP Danuta Jazłowiecka rechtfertigt Sozialdumping und Ausbeutung als normales Geschäftsgebahren**

Frau Danuta Jazłowiecka, polnische Europaparlamentarierin, hat heute ihren Vorschlag für einen Bericht zum Entwurf der Durchsetzungsrichtlinie vorgestellt. Die Durchsetzungsrichtlinie soll die praktische Umsetzung der aktuellen Entsenderichtlinie unterstützen. Zu einem Zeitpunkt, da allenthalben anerkannt ist, dass Europa und viele Mitgliedsstaaten dabei versagt haben, Arbeitnehmer, die grenzüberschreitend entstanden wurden, vor sozialem Dumping und gesetzestreue Unternehmen vor unfairem Wettbewerb zu schützen, schlägt Frau Jazłowiecka die folgenden Maßnahmen vor: weniger Kontrollrechte für die Gewerbeaufsichtsämter (Zollbehörden), erweiterte Möglichkeiten für Verleihfirmen, Arbeitnehmer grenzüberschreitend zu entsenden und mehr Informationen über Webpages. Diese Vorschläge zeigen deutlich, dass Frau Jazłowiecka keine wirkliche Vorstellung von der Realität hat.

Tagtäglich werden heute überall in Europa entsandte Arbeitnehmer als billige Arbeitskräfte ausgebeutet. Vor dem Hintergrund hoher Arbeitslosigkeitsraten und schlechter Lebensbedingungen sind einige Mittel- und Osteuropäische Mitgliedsstaaten zu einer Brutstätte für billige Arbeitskräfte geworden, die von Arbeitsvermittlern eingestellt und in andere Länder entsandt werden, wo sie dann unter Bedingungen moderner Sklaverei beschäftigt werden. Monatelanger Verzug beim Lohn, inhumane Unterbringungsbedingungen, Arbeitsbedingungen mit extremen Sicherheits- und Gesundheitsgefährdungen, kein Sozialschutz usf., das ist die traurige Realität in der Welt der Entsendung. Leider tendieren einige nationale Regierungen und Politiker dazu, die Augen vor dieser Realität zu verschließen und weiterhin Marktliberalisierung als ein Allheilmittel zu verkaufen.

Über viele Jahre haben die Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen und auch einige Arbeitgeberverbände die Praktiken des Sozialdumpings angeprangert und die Notwendigkeit effektive Durchsetzungsmaßnahmen hervorgehoben.

Die EFBH und EFFAT rufen alle Europaparlamentarier auf, sich öffentlich von den Positionen von Frau Jazłowiecka zu distanzieren und eine ernsthafte Debatte mit den Gewerbeaufsichtsämtern, den Gewerkschaften und den pragmatisch orientierten Arbeitgebern zu beginnen. Eine Lösung wird nur gefunden, wenn wir von den wirklichen Verhältnisse ausgehen.

**Die EFBH und EFFAT – zusammen mit andern europäischen Branchengewerkschaften – werden eine Europäische Informations- und Mobilisierungskampagne starten und werden am 23. Januar 2013 eine europaweite Demonstration in Brüssel organisieren.**

Für weitere Informationen: Werner Buelen, Email: [wbuelen@efbh.be](mailto:wbuelen@efbh.be), Tel: +32 (0)475 840648

Anmerkung des Herausgebers:

Der Berichtsentwurf von Frau Danuta Jazłowiecka gibt ihre persönliche Meinung bezüglich des von der Europäischen Kommission an das Europäische Parlament und den Rat gesandten Gesetzesvorlage wieder.

Der ursprüngliche Entwurf der Kommission ist unter dem folgenden Link abrufbar: [http://eur-](http://eur-lex.europa.eu/smartapi/cgi/sga_doc?smartapi!celexplus!prod!DocNumber&lg=EN&type_doc=COMfinal&an_doc=2012&nu_doc=131)

[lex.europa.eu/smartapi/cgi/sga\\_doc?smartapi!celexplus!prod!DocNumber&lg=EN&type\\_doc=COMfinal&an\\_doc=2012&nu\\_doc=131](http://eur-lex.europa.eu/smartapi/cgi/sga_doc?smartapi!celexplus!prod!DocNumber&lg=EN&type_doc=COMfinal&an_doc=2012&nu_doc=131)